

1.11.2013 – PM 98/2013

Koalitionsverhandlung

IG BAU: Union und SPD müssen Altersarmut verhindern

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) erwartet von Union und SPD, dass sie die Sorgen der Menschen ernst nehmen, die es wegen ihrer körperlich schweren Arbeit nicht schaffen, bis 67 im Job zu bleiben. „Einen sozialen Absturz großer Bevölkerungsgruppen im Alter darf die Politik nicht hinnehmen. Die Menschen in Deutschland verlangen zu Recht, dass sie nach einem harten Arbeitsleben nicht in Armut abrutschen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Wer Jahrzehnte Versicherungsbeiträge zahlt, darf am Ende nicht der Dumme sein. In einem der reichsten Länder der Welt ist es leistbar, dass die Rente so gestaltet wird, dass Menschen eine Perspektive auf ein würdiges Leben im Alter haben.“

Die Not der Rentner verschärft sich zunehmend. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter um 6,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2011. „Bei der derzeitigen Rentenpolitik wird diese Zahl weiter steigen“, sagte Feiger. Die IG BAU fordert eine sichere Rente. Dazu zählt, dass Erwerbsminderungsrenten nicht nur in Mini-Schritten, sondern zügig angehoben werden. Zudem muss es eine Regelung für einen flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand geben, der auch für kleine und mittlere Betriebe praktikabel ist. Die IG BAU hat hierfür bereits im Frühjahr dieses Jahres einen Vorschlag vorgelegt. Mit der von Sozialpartnern und Staat getragenen Altersflexi-Rente könnten Bauarbeiter möglichst lange im Job bleiben. Wer gesundheitsbedingt kürzer treten muss, bräuchte damit kein Abrutschen in die soziale Schieflage mehr zu fürchten. Schließlich fordert die IG BAU, dass Beschäftigte, nach 44 Jahren in der Rentenversicherung abschlagfrei in Rente gehen können. Bei der Berechnung der Frist müssen alle Versicherungsjahre berücksichtigt werden, insbesondere auch die Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld I und II.